

Kramer, Heinz

Research Report

Überraschung in der Türkei: Vorgezogene Neuwahlen

SWP-Aktuell, No. 28/2002

Provided in Cooperation with:

Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), German Institute for International and Security Affairs, Berlin

Suggested Citation: Kramer, Heinz (2002) : Überraschung in der Türkei: Vorgezogene Neuwahlen, SWP-Aktuell, No. 28/2002, Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), Berlin

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/254385>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Überraschung in der Türkei: Vorgezogene Neuwahlen

Heinz Kramer

Inmitten der Turbulenzen einer schweren Regierungskrise hat das türkische Parlament der laufenden Legislaturperiode ein vorzeitiges Ende gesetzt. Am 31. Juli beschloß die Große Türkische Nationalversammlung, daß am 3. November vorgezogene Neuwahlen abgehalten werden. Der bevorstehende Wahlkampf wird von dem Streit um die Angemessenheit des neuen EU-Reformpakets dominiert werden, mit dem die Todesstrafe abgeschafft, die kulturellen Rechte der Kurden gestärkt und die Menschenrechtsslage weiter verbessert wurde. Daneben wird die Frage zentral sein, wem die Wähler zutrauen, die andauernde wirtschaftliche und soziale Misere möglichst rasch und umfassend zu beenden. Die Parteien der politischen Mitte stehen dabei wieder einmal vor der Herausforderung, ihre heillose Zersplitterung zu überwinden, um einen erneuten Erfolg der nationalistischen und religiösen Kräfte zu verhindern.

Mit der Entscheidung vom 31. Juli 2002 fand die durch die Spaltung der Demokratischen Linkspartei Ministerpräsident Ecevit's Anfang Juli beschleunigte Regierungskrise ein Ende, das von vielen allerdings in dieser Form nicht erwartet worden war. Die Wahlen sind letztlich die Konsequenz eines durch die Erkrankung Ecevit's Anfang Mai ausgelösten Machtvakuum in der regierenden Dreiparteienkoalition aus Demokratischer Linkspartei (DSP), Nationalistischer Aktionspartei (MHP) und Mutterlandspartei (Anap).

Neuwahlen wider Willen

Von allen im Parlament vertretenen Parteien wollten eigentlich nur die MHP des

stellvertretenden Ministerpräsidenten Devlet Bahçeli und, etwas zurückhaltender, die gemäßigt islamische Gerechtigkeits- und Entwicklungspartei (AKP) des früheren Istanbuler Oberbürgermeisters Recep Tayyip Erdoğan ernsthaft Neuwahlen. Bahçeli forderte am 3. Juli das vorzeitige Ende der Legislaturperiode. Er konterte damit die intensiver werdenden Bemühungen seines Koalitionspartners Mesut Yılmaz von der Anap, zusammen mit Gruppen in der DSP durch einen erzwungenen Rücktritt Ecevit's und eine Neuformierung der Koalition, in der Bahçeli's MHP keinen Platz mehr haben sollte, die Regierungskrise zu beenden.

Ecevit konnte die sich anbahnende Palastrevolution in der DSP gerade noch

abwenden, allerdings um den Preis der Spaltung der Partei: Er zwang seinen Stellvertreter und engen Vertrauten Hüsamettin Özkan zum Austritt. Ihm schlossen sich in wenigen Tagen sieben Kabinettsmitglieder und über 50 Abgeordnete an, die gemeinsam die Neue Türkei-Partei (YTP) gründeten. Der Ministerpräsident konnte aber Bahçeli nicht mehr von der Forderung nach Neuwahlen abbringen. Der MHP-Vorsitzende sah in der Fortsetzung der Koalition mit seinem politischen Rivalen Yılmaz und dem gesundheitlich angeschlagenen Ecevit längerfristig die schlechtere Alternative gegenüber der Option, mit einem klar nationalistisch und anti-EU-orientierten Wahlkampf die Position seiner Partei im politischen Spektrum der Türkei zu festigen. Er drohte damit, die Koalition zu verlassen, falls Ecevit sich seinem Wunsch nach Wahlen widersetzen sollte.

Eine andere Koalitionsformel mit Ecevit hätte keine Mehrheit gefunden, da sich neben der MHP auch die YTP und die religiösen Parteien verweigert hätten. Alternative Formeln ohne Ecevit hätten die religiöse AKP einbeziehen müssen. Dazu gab es keine Bereitschaft. Obwohl alle Parteien mit Ausnahme der AKP um den Wiedereinzug in die Nationalversammlung fürchten müssen, weil sie in Umfragen seit Monaten durchgehend den dafür notwendigen Zehn-Prozent-Anteil der Wählerstimmen verfehlen, stimmten sie schließlich zähneknirschend den Neuwahlen zu. Nur die AKP gab sich relativ gelassen, kann ihr Vorsitzender Erdoğan doch hoffen, Regierungschef zu werden, sofern die »wahren Machthaber« – das heißt die Militärführung – nicht erneut wie 1997 verhindern, daß islamische Kräfte die Geschicke der Republik bestimmen.

Die Hauptthemen: EU-Reformen und Wirtschaftskrise

Es gelang Yılmaz und dem zurückgetretenen Außenminister Ismail Cem, der zusammen mit Özkan die Führung der »Neuen Türkei« übernommen hatte, gegen den

Widerstand von Bahçeli das Paket der wichtigen EU-Reformen durch das Parlament zu bringen. Über diese Reformen hatten sich in den letzten Monaten die politischen Gegensätze in der Koalition zugespitzt, da sich die MHP der Abschaffung der Todesstrafe ebenso entschieden widersetzte wie der Ausstrahlung von kurdischen Rundfunk- und Fernsehsendungen. Nachdem feststand, daß Bahçeli im Wahlkampf vor allem die 30 Prozent EU-Gegner in der Bevölkerung umwerben würde, sahen alle anderen Parteien einen Vorteil darin, sich als EU-Befürworter und Reformers zu präsentieren.

Vor dem Hintergrund der erbitterten politischen Auseinandersetzung können die Wahlen vom 3. November zu einem Akzeptanztest für diese Neuorientierung der Parteien durch den türkischen Wähler werden. Die Parteien werden im Wahlkampf jedenfalls auch ihre Haltung zu dem am 3. August eingeschlagenen Reformweg darzulegen haben.

Gleichermaßen stark und wahrscheinlich sogar stärker wird allerdings die Frage nach einem Ausweg aus der schweren Wirtschaftskrise, die im letzten Jahr über eine Million Menschen um ihren Arbeitsplatz brachte, die Wahlentscheidung beeinflussen. Hier lastet auf allen Vertretern der Dreierkoalition eine schwere Hypothek, auch wenn die DSP und die MHP behaupten werden, dem vom Internationale Währungsfonds (IWF) vorgegebenen Reformkurs nur gegen ihre innere Überzeugung und unter internationalem Druck zugestimmt zu haben.

Doch letztlich werden wohl auch in diesem Wahlkampf Personen und nicht Programme und Inhalte bestimmend sein. Das ist eine Folge der Organisation türkischer Parteien als absolute »Führerparteien«. Die türkischen Wähler entscheiden sich traditionell danach, welchem politischen Führer sie am ehesten zutrauen, ihre Bedürfnisse zu befriedigen. In diesem Muster liegt ein großer Nachteil für die etablierten Parteien der politischen Mitte, deren Vorsitzende in den Augen der Öffent-

lichkeit als verbraucht, unfähig und korrupt gelten. Dies erklärt auch ihre schwache Position in den Umfragen.

Die politischen Lager im Wahlkampf

Von den insgesamt 23 zur Wahl zugelassenen Parteien haben nur wenige Aussicht, den Einzug in das Parlament zu schaffen, indem sie die Zehn-Prozent-Hürde überwinden. Bei den letzten beiden Wahlen, 1995 und 1999, konnten die religiösen und nationalistischen Parteien davon profitieren, daß die politische Mitte in sich zerstritten und zersplittert war. Das könnte auch nach dem 3. November wieder der Fall sein. Deswegen ist von neuem die Diskussion über die bisher vom Wahlgesetz verbotenen Wahlallianzen aufgeflammt. Es erscheint jedoch unwahrscheinlich, daß das Parlament nun auch noch das Wahlrecht ändert.

Insbesondere die Parteien der rechten und linken Mitte werden nach anderen Wegen suchen müssen, um ihre vereinte Reformkraft im Wahlergebnis zur Geltung zu bringen. Eine Möglichkeit sind gemeinsame Kandidatenlisten unter einem Parteinamen. Die Alternative eines geschlossenen Übertritts einer Partei zu einer anderen ist weniger wahrscheinlich, weil der damit verbundene Verlust an politischem Einfluß größer ist als im Falle des Listenbeitritts. Hier kann nämlich nach der Wahl durch den Austritt aus der »gemeinsamen« Fraktion die parteipolitische Selbständigkeit relativ leicht wiederhergestellt werden.

Religiöse Parteien

Am günstigsten stellt sich in den Umfragen zur Zeit die Lage für die *Gerechtigkeits- und Entwicklungspartei* (AKP) dar. Sie liegt mit über 20 Prozent Zustimmung weit vor allen Mitbewerbern, obwohl sie ein eher taktisches Bekenntnis zum EU-Beitritt und zu den dafür notwendigen Reformen abgelegt hat. Allerdings muß man bei dieser Zahl berücksichtigen, daß mehr als 40

Prozent der Befragten überhaupt keine Parteipräferenz angeben können oder wollen. Nicht außer acht lassen sollte man auch, daß in der Vergangenheit alle Umfragen das jeweilige Wahlergebnis selten richtig vorhersahen.

Die AKP hat seit ihrer Gründung vor einem Jahr, als Erdoğan nach dem Verbot der Tugendpartei (FP) die »Modernisierer« aus dem Lager des politischen Islam um sich scharte, mit Erfolg daran gearbeitet, sich den Anstrich einer gemäßigten politischen Gruppe der Mitte zu geben. Erdoğan beschwört immer wieder das Modell der europäischen Christdemokratie als Vorbild, wenn er davon spricht, daß Religion zwar die Wertebasis der Politik darstellen, nicht aber die tatsächlichen Entscheidungen im politischen Alltag bestimmen soll.

Allerdings hat er mit erheblichem Mißtrauen des politischen Establishments, aber auch der führenden Wirtschafts- und Medienvertreter zu kämpfen, die argwöhnen, daß er in Wahrheit wesentlich radikalere islamische Positionen vertritt, als er in seinen öffentlichen Auftritten zum Ausdruck bringt.

Die AKP profitiert davon, daß sie in den Städten und auf dem Lande relativ gut organisiert ist und über eine aktive und mobilisierbare Basis verfügt. Zudem steht ihr Vorsitzender in dem Ruf, als Oberbürgermeister in Istanbul effizient gearbeitet zu haben. Doch laufen immer noch Gerichtsverfahren gegen ihn wegen strafbarer politischer Äußerungen in der Vergangenheit und bisher nicht belegten Korruptionsvorwürfen, die zu einem vorzeitigen Ende seiner politischen Karriere führen könnten.

Welche Bedeutung der Ausfall ihres Vorsitzenden für die Wahlchancen der AKP hätte, ist schwer abzuschätzen: Eine Trotzreaktion der traditionellen Wählerschaft ist ebenso denkbar wie eine Abkehr der Wähler von der Partei, wenn sich bei ihnen der Eindruck festsetzen sollte, daß die »wahren Machthaber« keine Regierungsbeteiligung der AKP wollen. Der 1997 von

diesen Kräften wegen zu großer Nähe zu radikalen islamischen Kreisen herbeigeführte Sturz von Ministerpräsident Necmettin Erbakan von der inzwischen verbotenen islamischen Wohlfahrtspartei ist allen noch in frischer Erinnerung.

Die *Glückseligkeitspartei* (SP), in der sich nach dem Verbot der Nachfolgerin der Wohlfahrtspartei, der Tugendpartei (FP), der eher traditionelle Flügel des politischen Islam organisierte, dürfte nicht ins Parlament zurückkehren, nachdem sich der größte Teil ihrer früheren Anhänger der AKP angeschlossen hat. Die SP hat zudem mit dem Handicap zu kämpfen, daß ihr »eigentlicher Vorsitzender«, der frühere langjährige Führer des vereinten organisierten politischen Islam in der Türkei, Necmettin Erbakan, noch bis Februar 2003 von allen politischen Aktivitäten ausgeschlossen ist. Nicht zuletzt deswegen war die SP auch entschieden gegen vorgezogene Neuwahlen in diesem Jahr.

Ein Teil ihrer früheren Wähler, denen die AKP zu »progressiv« ist, könnte sich unter diesen Umständen zur nationalistischen MHP orientieren. Denn die MHP hatte schon bei den letzten Wahlen versucht, mit religiösen Positionen Zustimmung in der traditionell orientierten Wählerschaft zu finden.

Nationalisten

Am eindeutigsten bezieht die *Nationalistische Aktionspartei* (MHP) Position. Sie ist gegen die für den EU-Beitritt notwendigen Reformen und will statt dessen eine Mitgliedschaft in der EU »zu ehrenvollen Bedingungen« erreichen. Zudem lehnt sie jeden Ausgleich mit Griechenland und Armenien unter Preisgabe »nationaler Anliegen« ab. Ein Zypernkompromiß kommt für sie ebensowenig in Frage. Lösungen in diesen Problembereichen sind im Sinne der MHP nur durch die Akzeptierung der türkischen Positionen durch die jeweilige Gegenseite möglich.

Von Beginn an hat die MHP das Nachgeben gegenüber den IWF-Forderungen zur

Beseitigung der schweren Wirtschaftskrise kritisiert. Für sie ist der jüngst zurückgetretene Wirtschaftsminister und Architekt des Reformprogramms Kemal Derviş, den Ecevit von der Weltbank abgeworben hatte, ein »Agent der internationalen Finanzmächte«, die letztlich auf eine dauerhafte wirtschaftliche Schwächung der Türkei hinarbeiten. Die MHP plädiert für eine deutliche Rückbesinnung auf die nationalen Kräfte und Tugenden des Landes und seines Volkes. Dazu gehört auch eine selbstbewußte Politik gegenüber den Nachbarn in der Region und den Verbündeten in den westlichen Organisationen.

Mit dieser Programmatik zielt die Partei auf die eher traditionell eingestellten Bewohner des ländlichen Anatolien. Sie greift dabei geschickt Grundelemente der stark nationalistisch gefärbten kemalistischen Rhetorik des offiziellen Staatsdiskurses auf, der nach wie vor unter anderem den staatsbürgerlichen Wertekanon der Schulbildung und die Ausbildung in den türkischen Streitkräften dominiert. So kann sie auch jenseits extrem nationalistischer Kreise (»Graue Wölfe«) Zuspruch in der Bevölkerung finden.

Dennoch weisen die letzten Umfragen der MHP (noch) nicht eindeutig einen Platz jenseits der Zehn-Prozent-Hürde zu. Berücksichtigt man aber, daß sich bis zuletzt etwa 30 Prozent der Befragten gegen die EU-Reformen ausgesprochen haben, dürfte der von Parteiführer Bahçeli angekündigte klare Anti-EU-Kurs letztlich genug Wählerstimmen bringen, um auch im nächsten Parlament wieder mit einer starken Fraktion vertreten zu sein. Das wäre ganz gewiß der Fall, wenn sich bis zum 3. November zeigen sollte, daß die EU die von der Türkei an die Reformen geknüpfte Erwartung eines baldigen Beginns der Beitrittsverhandlungen enttäuschen wird.

Die rechte Mitte

Die *Mutterlandspartei* (Anap) von Mesut Yılmaz, des anderen Ecevit-Stellvertreters, ist die große Vorkämpferin für die EU-

Reformen. Noch Anfang Juli erreichte sie in den Umfragen nicht einmal 5 Prozent der Stimmen. Es bleibt abzuwarten, ob die jüngste Entwicklung ihr Ansehen beim Wähler verbessert hat. Bisher jedenfalls wurde die Partei, wie ihre beiden Koalitionspartner auch, von der türkischen Öffentlichkeit für das Versagen der Regierung in der Wirtschaftspolitik bestraft.

Yılmaz steht in dem Ruf, zwar immer wieder die richtigen, zukunftssträchtigen politischen Positionen zu äußern, aber bei ihrer Durchsetzung regelmäßig vor dem Widerstand des konservativen Establishments zurückzuschrecken. Die Bilanz seiner Tätigkeit in hohen Regierungsämtern während der letzten zehn Jahre ist entsprechend ernüchternd.

Zudem ist er bislang unbewiesenen, aber auch nicht eindeutig widerlegten Korruptionsvorwürfen im Zusammenhang mit energiepolitischen Entscheidungen ausgesetzt. Der von Yılmaz im Sommer 2001 abberufene und danach aus der Partei ausgetretene Innenminister Saadettin Tanttan soll angeblich über entsprechende Dossiers verfügen. Generell hat die AnaP wie alle Parteien der politischen Mitte damit zu kämpfen, daß sie von den Bürgern als konstitutiver Teil des verachteten traditionellen türkischen Politikgeschäfts und damit als verbraucht angesehen wird.

Dasselbe gilt für die *Partei des richtigen Weges* (DYP) der früheren Ministerpräsidentin Tansu Çiller. Auch sie liegt in Umfragen noch nicht konstant über der Zehn-Prozent-Marke. Die Vorsitzende unternimmt deshalb immer wieder, wenn auch eher halbherzige Versuche, eine Änderung des Wahlrechts herbeizuführen, die den Einzug ins Parlament etwas sicherer machen würde. Alternativ bemüht sie sich darum, sich und ihre Partei als Koalitionspartner entweder anstelle der MHP oder anstelle der AnaP bei Mesut Yılmaz bzw. Devlet Bahçeli ins Spiel zu bringen.

All das trägt nicht dazu bei, das Ansehen politischer Seriosität in der öffentlichen Meinung zu steigern. In den städtischen Mittelschichten hat die DYP erheblich an

Sympathie eingebüßt. Sie muß deshalb ernsthaft damit rechnen, nach den Wahlen nicht mehr im Parlament vertreten zu sein, vor allem wenn ihre bisherige gemäßigt traditionelle Anhängerschaft in Anatolien das Angebot der AKP vorziehen sollte.

Ohne große Aussichten geht auch die *Partei der demokratischen Türkei* (DTP) in die Wahlen. Sie war vor einigen Jahren von Anhängern des ehemaligen Staatspräsidenten Demirel und Kritikern der DYP-Vorsitzenden als deren Abspaltung gegründet worden und hat bisher keine besondere Rolle gespielt. Kürzlich geriet sie jedoch stärker in das öffentliche Bewußtsein, als Mehmet Ali Bayar unter einigem Mediengetöse seinen Posten als Stellvertreter des türkischen Botschafters in Washington aufgab, um an die Spitze der DTP zu rücken.

Bisher ist aber nicht zu erkennen, daß sich die Chancen der Partei dadurch wesentlich verbessert hätten. Bayar scheint angesichts dessen daran interessiert zu sein, Teil der großen Allianz der Mitte zu werden, um deren Zustandekommen sich Kemal Derviş seit einiger Zeit bemüht.

Zusätzlich ist die DTP eine Listenverbindung mit der »Neuen Türkei« eingegangen, das heißt, Kandidaten der DTP treten als YTP-Kandidaten auf deren Listen zur Wahl an. Doch ist keineswegs sicher, daß ihre bürgerlichen Anhänger aus diesem Grunde auch die Partei Cems wählen, die dieser immer wieder als »sozialdemokratisch« charakterisiert hat. Zumindest ein Teil der DTP-Anhänger könnte sich wieder auf die »echte« bürgerliche DYP zurückorientieren.

Die linke Mitte

Die Situation in der linken Mitte des Parteienspektrums ist kaum besser. Hier dominiert im Augenblick die *Republikanische Volkspartei* (CHP) unter Führung von Deniz Baykal. Sie wird den Umfragen zufolge wohl die Zehn-Prozent-Hürde überspringen, die sie bei den letzten Wahlen 1999 deutlich verfehlte. Die CHP als älteste Partei der Türkei kann kaum noch von dem Ruf zehren, »die Partei Atatürks« zu sein. In-

zwischen hat sie zu viele Metamorphosen durchgemacht, um noch glaubwürdig an dieses Erbe anknüpfen zu können. Allerdings besitzt sie aus dieser Zeit immer noch ein beträchtliches Vermögen, das sie zur reichsten Partei der Türkei macht. Heute profitiert sie jedoch mehr davon, daß die Wähler sie nicht für die schlechte wirtschaftliche und soziale Lage des Landes verantwortlich machen.

Der Wahlsieger von 1999, Ministerpräsident Ecevit's *Demokratische Linkspartei* (DSP), dümpelt heute in Umfragen abgeschlagen unterhalb von 5 Prozent und dürfte den Wiedereinzug ins Parlament kaum schaffen. Dies um so weniger, als Ecevit durch sein starrköpfiges Festhalten an Amt und Parteivorsitz die letzte Regierungskrise ausgelöst hat und sich bislang auch beharrlich weigert, trotz angeschlagener Gesundheit den Weg für eine Neuformierung der türkischen Sozialdemokratie frei zu machen. Er scheint fest entschlossen, mit den noch verbliebenen getreuen Gefolgsleuten zur Wahl anzutreten (und unterzugehen). Dabei ist nicht auszuschließen, daß die DSP bis zum 3. November noch einen weiteren personellen Aderlaß hinnehmen muß, wenn sich Teile der Partei im Interesse des politischen Überlebens der »Neuen Türkei-Partei« (YTP) des früheren Außenministers Ismail Cem anschließen.

Die »Neue Türkei« ging aus der Spaltung der DSP hervor und bietet als Folge dieser Entwicklung im Augenblick noch stark das Bild einer Parlamentsfraktion (61 von insgesamt 550 Abgeordneten) und Parteiführung ohne Basis und organisatorischen Unterbau. Cem und seine Gruppierung wurden von den türkischen Monopollmedien des Doğan-Konzerns (Hürriyet, Milliyet, Radikal) anfänglich zu den neuen politischen Hoffnungsträgern der Türkei stilisiert, die das Land aus der politischen Erstarrung und wirtschaftlichen Depression auf den Weg der modernen europäischen Demokratien führen würden. Auch die einflußreiche türkische Großindustrie trug zu dieser Imagebildung kräftig bei.

Es ist wohl auch im wesentlichen dem Entstehen der YTP, der kompromißlosen Reformrhetorik Cems und der damit einhergehenden Verunsicherung aller politischen Kräfte zu verdanken, daß Mesut Yılmaz den erfolgreichen Vorstoß gegen Bahçeli und letztlich auch Ecevit unternehmen konnte, der dann zur Verabschiedung der EU-Reformen führte. Ohne die um die »Neue Türkei«, Cem und Kemal Derviş von den Medien und den mächtigen Gruppen der Zivilgesellschaft entfachte Reformeuphorie wären die Erfolgchancen für Yılmaz' Bemühungen deutlich schlechter gewesen. So entstand ein öffentlicher Sog, dem sich bis auf die MHP keine andere Partei entziehen konnte oder wollte.

Damit ist aber noch keineswegs ausgemacht, daß die YTP bei den Wahlen auch die Zehn-Prozent-Hürde überspringt. Noch fehlt ihr ein populäres Zugpferd. Das ist der Intellektuelle Cem jedenfalls nicht. Der frühere Außenminister, ein typisches Produkt der Istanbuler Mittelklasse, hat keinen größeren Rückhalt in der einfachen Bevölkerung. Seine Fraktionskollegen haben als frühere DSP-Parlamentarier ihre Position einsamen Personalentscheidungen des Ehepaares Ecevit und dessen engsten Kreises zu verdanken, sind aber kaum Vertreter einer wie auch immer definierten Partei- oder Wählerbasis. Die Absage von Derviş, sich Cem anzuschließen, dürfte die Chancen der YTP zudem empfindlich geschwächt haben.

Außerdem dürfte es sich im Wahlkampf negativ bemerkbar machen, daß die YTP den organisatorischen Aufbau noch lange nicht in allen Provinzen des Landes vollzogen hat. Dadurch könnte zum Beispiel in vielen Wahlkreisen die Aufstellung von Kandidatenlisten bis zum 11. September schwierig werden. Die Listenverbindung mit der DTP wird wohl nur begrenzt Abhilfe schaffen können.

Und schließlich darf man auch nicht übersehen, daß die »Neue Türkei« für viele Wähler zunächst einmal personell die alte Regierungsmacht verkörpert, die maßgeblich für die schwerste Wirtschaftskrise des Landes in den letzten 20 Jahren verantwort-

lich ist. Es wäre daher keineswegs überraschend, wenn der Stern Ismail Cems am türkischen Parteienhimmel nach dem 3. November genauso schnell verglühte, wie er Anfang Juli aufging. Überraschend wäre eher ein durchschlagender Wahlerfolg. Der ist aber wohl nur dann zu erzielen, wenn es unter Cems Führung zu einer breiten Wahlallianz in der linken Mitte kommt, nach Möglichkeit unter Ein-schluß liberaler Kräfte aus dem bürgerlichen Lager.

HADEP

Eine besondere Rolle kann die pro-kurdische *Partei der Volksdemokratie* (HADEP) spielen. Gegen sie läuft seit nun mehr als zwei Jahren ein Verbotsverfahren vor dem Verfassungsgericht. Der HADEP wird »Separatismus« vorgeworfen, was hauptsächlich mit ihrer offenkundigen Nähe zur verbotenen PKK begründet wird. Dabei wäre es wohl übertrieben, die HADEP als »politischen Arm« der PKK zu charakterisieren. Es ist jedoch kaum damit zu rechnen, daß das Gerichtsurteil ausgerechnet während des Wahlkampfes ergehen wird.

Bisher ist die Partei nur in den kurdischen Siedlungsgebieten im Südosten der Türkei stark. In den letzten beiden Wahlen war der Anklang bei den Kurden, die in den großstädtischen Ballungszentren leben, nicht groß genug, um die Zehn-Prozent-Hürde überwinden zu können. Auch jetzt liegt die HADEP in Umfragen deutlich unter dieser Marke.

Das könnte sich allerdings ändern, wenn die jüngsten Reformen vom kurdischen Bevölkerungsteil der Türkei generell als Ende der staatlichen Diskriminierung angesehen werden, eine »kurdische Partei« also nicht mehr als verfehmt gelten müßte. Sollte die HADEP die kurdischen Wähler im ganzen Land hinter sich bringen können, würden ihre Erfolgchancen deutlich steigen. Allerdings muß sie dennoch auch Wähler aus anderen Teilen der Bevölkerung anziehen, wenn sie sicher über die Zehn-Prozent-Schwelle kommen will. Denn ein

Teil der kurdischen Bevölkerung wählt aus Stammesloyalität und klientelistischen Gründen traditionell Vertreter anderer, vor allem bürgerlicher Parteien der rechten Mitte.

Hier könnte es sich als Vorteil erweisen, daß die HADEP im Augenblick für die *Sozialdemokratische Volkspartei* (SHP) des früheren Ankaraner Oberbürgermeisters Murat Karayalçın die einzige Chance darstellt, sich über eine gemeinsame Kandidatenliste an den Wahlen beteiligen zu können. Die erst am 24. Mai 2002 gegründete SHP, in der sich die Baykal-Gegner der CHP organisiert haben, kann nämlich nicht aus eigener Kraft kandidieren, weil sie weder einen ordentlichen Parteitag abgehalten hat noch in mindestens 41 Provinzen der Türkei organisiert ist. Und im Gegensatz zur YTP fehlen ihr die 20 Abgeordneten, die nötig sind, um auch ohne diese Voraussetzungen zur Wahl zugelassen zu werden. Karayalçın hat deshalb schon seit Wochen intensive Kontakte zur HADEP geknüpft, doch ist im Augenblick noch unklar, ob gemeinsame Kandidatenlisten zustande kommen. Das dürfte nicht zuletzt auch davon abhängen, wie die Bemühungen von Derviş und Yılmaz um eine breite Reformallianz ausgehen.

Der Derviş-Faktor

Kemal Derviş hat erkannt, daß eine dauerhafte, weitreichende Reformpolitik einer breiten Absicherung in der türkischen Politik bedarf. Er hat Zweifel, daß diese breite Basis allein durch die YTP geschaffen werden kann, daher seine Absage an Cem. In den ersten Tagen nach dem Auseinanderbrechen der DSP hatte es noch so ausgesehen, als würde auch Derviş der neuen Formation unverzüglich beitreten. Doch nahm er auf Drängen des Präsidenten, der ihn für die erfolgreiche Fortsetzung der wirtschaftlichen Strukturreformen und als Garant solider Wirtschaftspolitik gegenüber den internationalen Finanzinstitutionen für unverzichtbar hielt, seine Rücktrittserklärung zurück.

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2002
Alle Rechte vorbehalten

SWP
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3-4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

In den letzten Wochen hat Kemal Derviş wiederholt Sympathie für Ismail Cem und die YTP bekundet, er hat seiner engen Verbundenheit mit CHP-Führer Baykal Ausdruck verliehen und viele Gespräche mit verschiedenen Politikern auch aus dem liberalen bürgerlichen Lager geführt. Gleichzeitig hat er immer wieder bekräftigt, daß er sich weiter in der Pflicht sieht, die Umsetzung der Wirtschaftsreformen zu kontrollieren und seine Garantenrolle gegenüber dem IWF zu erfüllen. Deshalb blieb er als Parteiloser im Kabinett Ecevit, schlug aber die Einladung des Ministerpräsidenten, in die DSP einzutreten, in aller Deutlichkeit aus. Ecevit zog die Konsequenz und forderte Derviş zum Rücktritt auf. Da auch Bahçeli schon seit längerem auf diesen Schritt gedrängt hatte, konnte sich Derviş nicht länger widersetzen und trat am 10. August 2002 zurück.

Aus dem Gang der Ereignisse schließen die einen, daß Derviş nicht wirklich wisse, was er politisch wolle, oder mit allen politischen Kräften nur spiele, um seine international abgesicherte Machtposition weiter nutzen zu können. Die anderen sehen in seinem Verhalten das letztlich illusorische Bemühen, in der Türkei eine lagerübergreifende »Große Koalition« zu schmieden, an deren Spitze er eine andauernde Periode nachhaltiger Reformen einleiten wolle.

Je länger Derviş seine persönliche Entscheidung hinauszögert, um so unglaubwürdiger dürfte er für den Wähler werden. Desto kleiner dürfte aber auch der zu erwartende Vorteil für jene Partei werden, der er sich letztlich anschließen wird. Der Derviş-Faktor kann sich schnell abnutzen, vor allem wenn es, was wahrscheinlich ist, nicht zur Bildung einer großen Wahlallianz der linken Mitte oder gar darüber hinaus kommt.

Viel hängt letztlich davon ab, ob die Masse der Wähler in Derviş den Reformgaranten sieht oder den Politiker, dessen Bemühungen um eine Bewältigung der Wirtschaftskrise bisher auch nicht dazu geführt haben, daß sie ihre in der Rezession des letzten Jahres verlorengegangenen

Arbeitsplätze wiederbekamen. Finanzielle Konsolidierung auf Kosten der realen Wirtschaft ist auch in der Türkei nicht populär.

Derviş' erfolgloses Bemühen um eine breite Reformallianz haben erneut die Verkrustungen des etablierten Parteiensystems sichtbar werden lassen. In dieser Schwäche liegt die eigentliche Stärke der Nationalisten und Religiösen.

Internationale Einflußfaktoren

Auch für die anstehenden türkischen Wahlen gilt, daß sie »zu Hause« gewonnen werden. Doch dürften außen- und sicherheitspolitische Faktoren ebenfalls einen Einfluß auf die Entscheidung der Wähler haben. Gerade jetzt sieht sich die Türkei auf diesem Politikfeld mit großen Herausforderungen konfrontiert. Die Auseinandersetzungen über die politischen Kosten des EU-Beitritts waren unmittelbar Teil der Regierungskrise. Die Frage, ob und welche Zugeständnisse die Türkei zur Lösung des Zypernproblems machen soll, um den EU-Beitritt zu erleichtern, steht seit längerem im Hintergrund. Die Ungewißheit über einen bevorstehenden US-Angriff gegen den Irak und die Rolle, die dabei der Türkei zufallen könnte, wurden von Ministerpräsident Ecevit als Argument in seinem verzweifelten Bemühen eingesetzt, die drohenden Neuwahlen in letzter Minute noch abzuwenden. Alle diese Themen bleiben auf der internationalen Agenda und fordern die türkischen Politiker zu Reaktionen heraus, die das Urteil der Wähler am 3. November beeinflussen werden. Umgekehrt wird das Ergebnis dieser Wahl für die künftige türkische Politik auf allen diesen internationalen Problemfeldern von entscheidender Bedeutung sein.

In den kommenden Monaten verdient die Türkei eine erhöhte Aufmerksamkeit der europäischen Partner. Das dürfte um so mehr gelten, als zur Zeit ein Wahlausgang wahrscheinlich ist, bei dem neben der AKP als stärkster Partei nur noch die MHP, die CHP und eventuell die DYP in der Nationalversammlung vertreten sein werden.